

Österreich: Versöhnliche Worte aus Rom

Die kritische innerkirchliche Situation in Österreich (vgl. HK, Mai 1992, 214 ff.) hat sich nunmehr durch den Ad-limina-Besuch der österreichischen Bischöfe in Rom etwas entspannt. Diesem Besuch hatte man in kirchlichen Kreisen Österreichs mit einiger Sorge entgegengesehen, da es vor fünf Jahren beim Ad-limina-Besuch des österreichischen Episkopats zu einer „Standpauke“ des Papstes im Zusammenhang mit kirchlichen Stellungnahmen in Österreich über Grundsätze der Empfängnisverhütung und über Prinzipien von Bischofsernennungen gekommen war (vgl. HK, August 1987, 375 ff.)

Allgemeine Erleichterung herrschte unter den Bischöfen vor, als sich in Rom herausstellte, daß es diesmal eine andere Atmosphäre gab. In der Papst-Ansprache überwogen wohlwollende Töne und lobende Erwähnungen. Gleich einleitend hob Johannes Paul II. die österreichische Hilfe für Flüchtlinge, Verfolgte, Einwanderer und Notleidende besonders hervor. Der Papst würdigte auch die intensiven Kontakte Österreichs zu seinen osteuropäischen Nachbarländern. Besonders aufsehenerregend war die ausdrückliche „dankbare Erwähnung“ des Werkes von *Kardinal Franz König*, dessen „weitblickende und mutige Initiativen nun ihre Früchte tragen“. Diesem Hinweis wurde von österreichischer Seite besondere Bedeutung zugemessen, da in Österreich immer wieder befürchtet wird, bestimmte Kreise in Rom wollten die grundsätzliche Linie von Kardinal F. König revidieren. Auffallend war auch der Hinweis des Papstes auf den „mutigen Dialog mit den verschiedenen Strömungen des modernen Geisteslebens“.

Nicht weniger Beachtung fand der breite Raum, den der Papst dem *Sozialhirtenbrief* der österreichischen Bischöfe (vgl. HK, Juni 1990, 270 ff.) unter der Federführung „unseres Mitbruders Aichern“ widmete. Darüber

hinaus würdigte Johannes Paul II. das Laienapostolat in Österreich und die besondere Stellung der Katholischen Aktion. Da diese laienapostolische Bewegung erst kürzlich angesichts der jüngsten Turbulenzen in St. Pölten und in Salzburg in einer pointierten Stellungnahme ihre Solidarität mit allen erklärte, für die die gegenwärtige innerkirchliche Polarisierung in Österreich eine schwer erträgliche Belastung darstellt, und außerdem gegen die Disziplinierung freier Meinungsäußerung mit Hilfe kirchlicher Gesetzesmechanismen protestiert hatte, ist diese Äußerung des Papstes zweifellos besonders bemerkenswert. Mit Interesse wurden auch die ausdrücklichen Hinweise Johannes Pauls II. auf ökumenische Initiativen und auf die Stiftung „Pro Oriente“ aufgenommen, die auf Initiative von Kardinal König zur Verständigung zwischen den Christen des Ostens und des Westens gegründet worden war.

Die Befürchtungen haben sich nicht bestätigt

In seiner Ansprache an die österreichischen Bischöfe widmete sich Johannes Paul II. außerdem Fragen der *theologischen Fakultäten*, der *Priesterseminare* und des *Religionsunterrichtes*. Dabei beurteilte er die Verankerung des Theologiestudiums an staatlichen Universitäten als sehr wichtig, was erkennen läßt, daß der Papst offensichtlich nicht jene Auffassungen teilt, die sich für eine Herauslösung der theologischen Fakultäten aus den staatlichen Universitäten aussprachen. Nicht weniger bedeutungsvoll wurde die Bemerkung des Papstes bewertet, die theologische Ausbildung möge in Offenheit für alle Fragen des geistigen Lebens geschehen.

Eine persönliche Geste setzte Johannes Paul II. für die Bischöfe der Erzdiözese Wien: Diese wurden außer

einem Abendessen mit dem Papst eingeladen, wobei nicht nur der Kardinal von Wien, Erzbischof *Hermann Groer*, sondern auch die Weihbischöfe *Kräztl*, *Kuntner* und *Schönborn* Gäste des Papstes waren. Nach den schweren Spannungen, die gerade in den letzten Jahren in der Erzdiözese Wien verzeichnet werden mußten, wird diese Einladung als versöhnliches Zeichen gedeutet.

Während ihres Aufenthaltes in Rom trafen die österreichischen Bischöfe auch mit Kardinal *Joseph Ratzinger* zusammen, wobei in einem „offenen Gesprächsklima“ die bedrückenden Probleme der wiederverheirateten Geschiedenen erörtert wurden. Dabei wurden offenkundig in sehr klarer Weise die pastoralen Sorgen dieses Personenkreises beim Namen genannt.

Als Pressesprecher der österreichischen Bischöfe sagte der steirische Diözesanbischof *Johann Weber* in einer Pressekonferenz in Rom, vor dem Ad-limina-Besuch habe es Befürchtungen gegeben, die österreichische Kirche könnte an die Kandare genommen werden. Diese Befürchtungen hätten sich aber überhaupt nicht erfüllt. Der Papst habe vielmehr ein Zeichen gegeben, daß das Petrusamt vor allem in der Stärkung der Brüder zu sehen sei. Wenn es in Österreich in letzter Zeit innerkirchlich „manche Funken“ gegeben habe, so gewinne man im Weltraum von Rom eine neue Gelassenheit.

In der Kurie nach wie vor negative Töne

Diese freundlichen Töne können freilich nicht darüber hinwegtäuschen, daß es in der römischen Kurie nach wie vor Kräfte gibt, die die kirchliche Situation in Österreich *kritisch* beurteilen. So beklagte während des Ad-limina-Besuches ein Prälat der römischen Glaubenskongregation gegenüber österreichischen Journalisten, in Österreich verdunste der Glaube, es gebe zu viele Scheidungen und Abtreibungen, das Leben werde nur noch als „Lust an der Lust“ verstanden, und der Glaube könne im Fernsehen ohne

korrigierende Reaktion verhöhnt werden. Diese überwiegend sehr allgemein gehaltene Kritik provoziert freilich die Frage, warum bei Phänomenen, die in allen Industrieländern festzustellen sind, ausgerechnet Österreich mit besonderer Kritik bedacht wird. Immerhin wird von österreichischen Bischöfen mit Genugtuung registriert, daß solche kuriale Meinungen in der Rede des Heiligen Vaters keinen Niederschlag fanden.

Wenige Tage nach dem Ad-limina-Besuch trat der Wiener Weihbischof *Helmut Krätzl* in der „Furche“ für eine erneuerte Form der Bischofsbesuche beim Papst ein. Wenn Bischöfe nach Rom kommen, sollte Gelegenheit für mehr Dialog, für gemeinsame

Suche nach den eigentlichen Problemen der Kirche sowie für gegenseitige Beratung gegeben sein – „wenn nötig, durchaus auch vom Bischof hin zum Papst“. Weihbischof Krätzl meint allerdings, beim Besuch von etwa 2300 Diözesanbischöfen innerhalb von fünf Jahren ergebe sich zwangsläufig ein sehr enger zeitlicher Spielraum. Jeder Bischof berichtet dann eben so, wie er die römischen Ämter einschätze, „als Ort der Dienstleistung oder als Oberbehörde, als Stelle der Beratung oder der Kontrolle“. Er selbst, schreibt Krätzl, habe die Kurie auch liebevoll gelernt; aber das Erfreuliche des letzten Besuchs habe die Angst, die „Grenzen der Selbstständigkeit am Ort“ könnten wieder enger werden, nicht beseitigt.

F. C.

Denn die dramatisch gewachsenen Einkommensunterschiede in der Welt, in dem Bericht eindrücklich dokumentiert, seien auch darauf zurückzuführen, daß die Entwicklungsländer nur beschränkt Zugang zum Weltmarkt hätten. Viele der armen und am wenigsten entwickeltesten Länder, insbesondere die Länder Schwarzafrikas, seien bereits an den Rand des Welthandelssystems gedrängt; der Welthandelsanteil Schwarzafrikas habe sich auf ein Viertel des Anteils im Jahre 1960 reduziert.

Ihre Forderung nach internationalen Reformen unterstreichen die Autoren mit deutlichen Zahlen: Der *beschränkte und nicht gleichberechtigte Zugang zu den Finanz-, Handels- und Arbeitsmärkten der Welt* kostet die Entwicklungsländer jährlich 500 Milliarden US-Dollar. Das entspricht ungefähr dem Zehnfachen dessen, was sie von den OECD-Ländern an jährlicher Entwicklungshilfe erhalten. 250 Milliarden US-Dollar verlieren die Entwicklungsländer durch die harten und höchst selektiven *Migrationsbeschränkungen* der Industriestaaten, da diese einerseits zum Verlust der dringend benötigten Überweisungen von Gastarbeitern führten. Andererseits brächten diese auch mit sich, daß die ohnehin wenigen Fachkräfte vom Arbeitsmarkt der armen Länder abgezogen würden, während die Massen der Nichtqualifizierten blieben.

Eine Summe in gleicher Höhe gehe den Entwicklungsländern durch die verschiedenen *Handels- und Importbarrieren der Industrienationen* verloren. Der UNDP-Bericht spricht von einer „ironischen“ Situation: Zwanzig von 24 Industrienationen verhielten sich heute protektionistischer als vor zehn Jahren, während in den Entwicklungsländern – zum Teil aufgrund der vom Internationalen Währungsfond (IWF) auferlegten wirtschaftlichen Anpassungsprogramme – das Protektionsniveau sinke. Gerade da, wo Entwicklungsländer Wettbewerbsvorteile geltend machen könnten, bei Produkten mit arbeitsintensiven Herstellungsprozessen wie Textilien, Kleidern und Schuhen, werde für sie der Zugang zu den Märkten der

UN-Entwicklungsbericht: Dramatische Kluft zwischen Arm und Reich

Ende April wurde der „Bericht über menschliche Entwicklung 1992“ vom „Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen“ (UNDP), der größten multilateralen Entwicklungsorganisation, vorgelegt. Während sich die beiden ersten Berichte der Vorjahre auf die Analyse der Entwicklungsproblematik auf nationaler Ebene konzentrierten und konkrete wirtschafts- und sozialpolitische Zielvorgaben für die Entwicklungsländer formulierten (vgl. HK, Juni 1991, 303 ff.), stehen im dritten Bericht dieses Jahr Weltmarkt und Welthandel in ihrer Auswirkung auf wirtschaftliches Wachstum und die Lebensverhältnisse der Entwicklungsländer im Zentrum.

Zwar wiederholen die Autoren – eine Gruppe unabhängiger Ökonomen unter der Leitung von Mahbub ul Haq, dem Sonderberater des UNDP und früheren Finanzminister von Pakistan – die Aussage des vorangegangenen Berichtes, die eigentlichen Wurzeln der Armut und der menschlichen Verelendung säßen tief in der nationalen Politik der Entwicklungsländer selbst, und weder verbesserte äußere Rahmenbedingungen noch

Hilfeleistungen von außen könnten Ersatz für Reformen in den betreffenden Ländern sein. Diese müßten mehr Demokratie und eine größere Beteiligung der Bevölkerung am politischen Leben und an entwicklungspolitischen Entscheidungsprozessen ebenso zum Ziel haben wie die massive Senkung der Militärausgaben, eine transparenter und effektiver gestaltete Staatsverwaltung und die entschiedene Förderung von Privatinitiative. Besonderes Gewicht müßten dabei bildungspolitische Maßnahmen erhalten, da der gravierendste Mangel des armen Südens der an vor allem im technischen Bereich qualifizierten Fachkräften sei.

Keine offenen Märkte für Entwicklungsländer

Darüber hinaus sind aber, so der UNDP-Bericht, auch *entschiedene Reformen des Weltmarktsystems* dringend erforderlich, sollten die Entwicklungsländer im ganzen – und nicht nur einige wenige wie beispielsweise im ost- und südostasiatischen Raum – Fortschritte erzielen können.